

Die Sicht der Wirtschaft auf den Bildungsföderalismus: Kleinstaaterei in einer globalisierten Wirtschaft?

Prof. Dr. Axel Plünnecke

Friedrich Ebert Stiftung, Weimar, 26.Mai 2010

Gliederung

- Herausforderung Fachkräftemangel

- Notwendige Maßnahmen

- Herausforderung Föderalismus

Entwicklung Akademikernachfrage

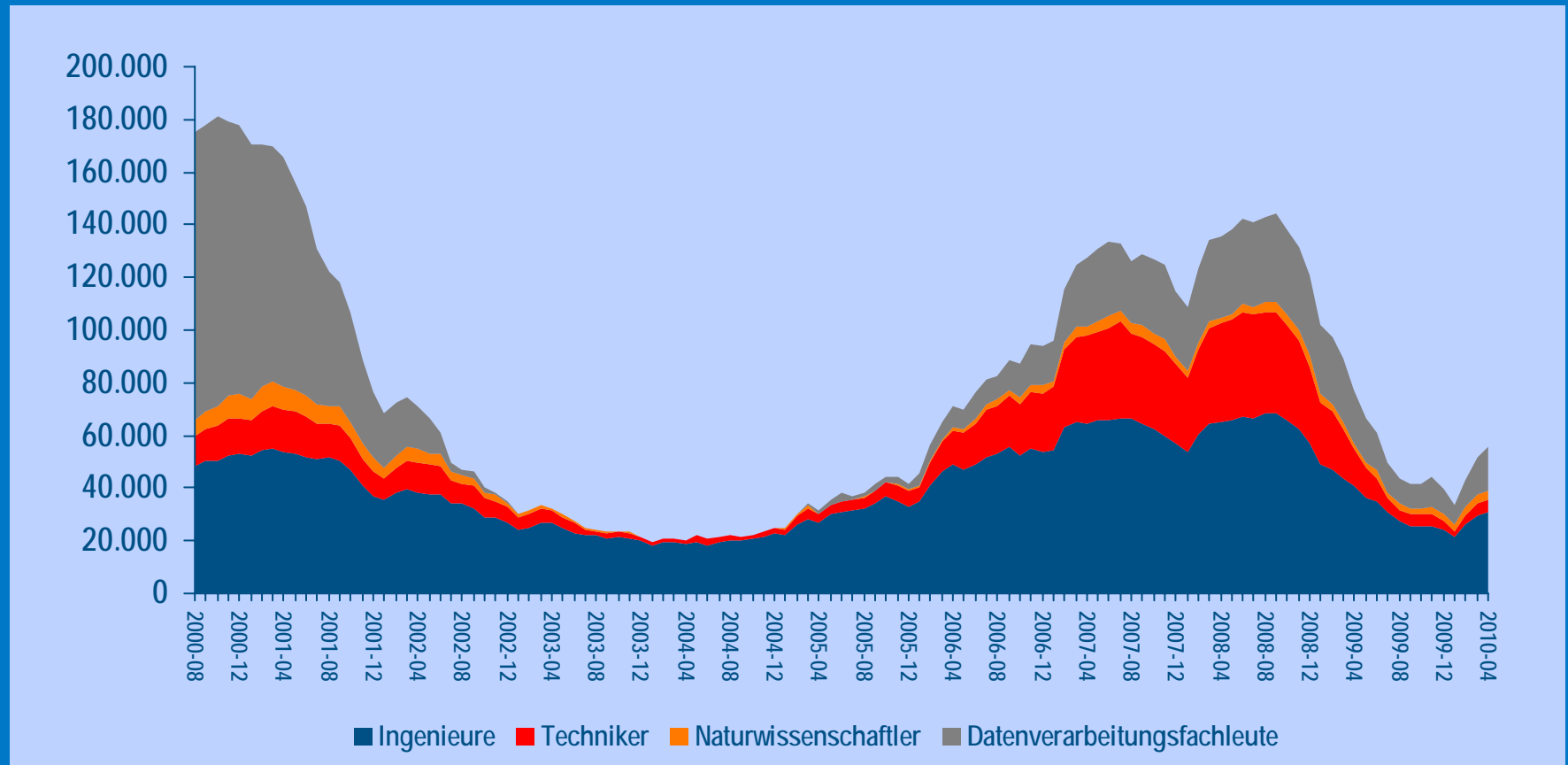
- Akademikerbeschäftigung absolut und relativ gestiegen
- Erwerbslosigkeit absolut und relativ zu anderen Qualifikationen gesunken
- Lohnprämie pro Stunde in Prozent gegenüber anderen Qualifikationen gestiegen
- Nachfrage nach höheren Qualifikationen
- Expansionsbedarf in letzten 10 Jahren > 1,1 Millionen

Team	1998	2008
Erwerbstätige Akademiker	5,4 Mio.	6,5 Mio.
Anteil Akademiker	15,0 Prozent	16,8 Prozent
Erwerbslosenquote Akad.	5,7 Prozent	3,3 Prozent
Lohnprämie West/Ost	40,2 / 33,2	52,8 / 46,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen auf Basis SOEP

MINT-Lücke

Differenz der Zahl an offenen Stellen und Arbeitslosen in den MINT-Bereichen*

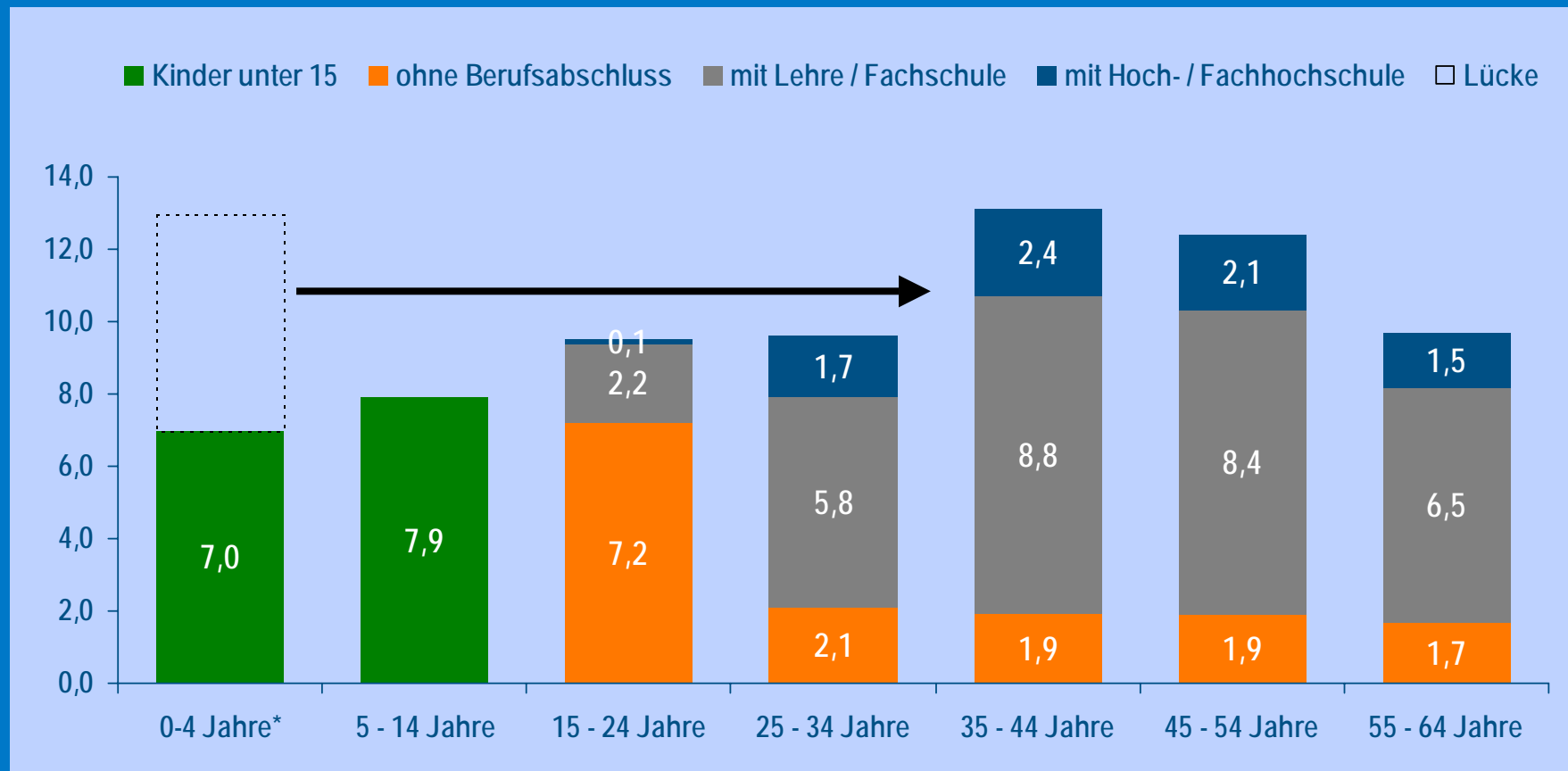


*aggregiert in den Arbeitsmarktregionen, bei denen die Zahl offener Stellen die Zahl an Arbeitslosen übertrifft

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von Bundesagentur für Arbeit, 2010; IW-Zukunftspanel, 2009

Demografischer Wandel und Höherqualifizierungsbedarf

Bevölkerung nach Qualifikation und Alter 2008, Deutschland, in Millionen



* Stärke der Zehnjahresgruppe ergibt sich aus Verdopplung der 0-4-Jährigen

Quelle: IAB; Mikrozensus, eigene Berechnungen

Demografischer Ersatzbedarf

	Demografischer Ersatzbedarf an erwerbstätigen Akademikern		
	2010-14	2015-19	2020-24
ST, TH	39.319	44.057	45.058
BE, BB, MVP	90.901	99.485	103.988
SN	41.511	43.538	44.788
HE	53.633	63.262	72.987
HB, HH, NI,SH	97.048	113.756	129.128
BY	92.233	108.955	128.100
BW	83.106	98.329	113.881
RLP,SAAR	32.549	39.086	45.254
NRW	128.164	153.445	175.631

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, Erhebungsjahr 2007

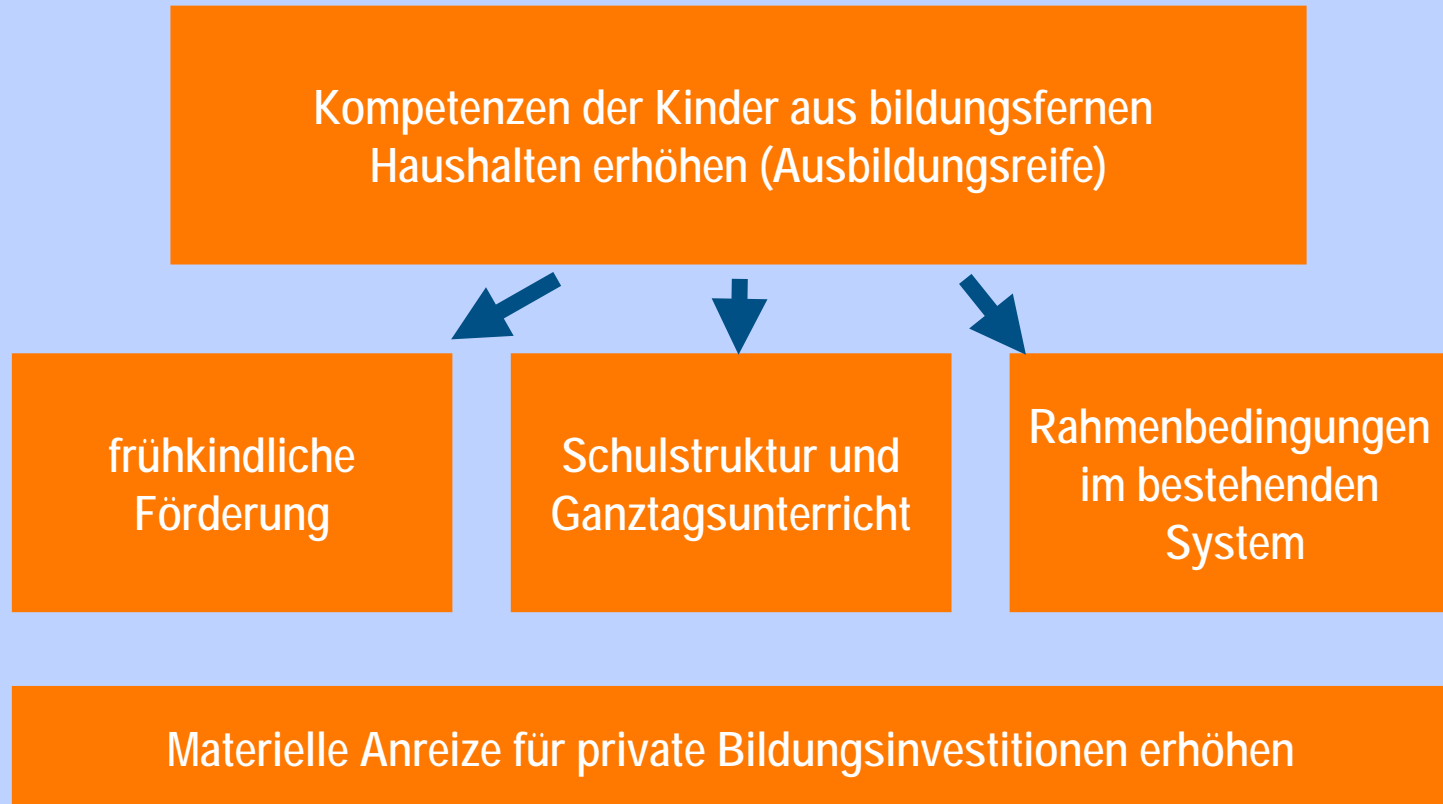
Fazit

- Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt davon ab, ob genügend hochqualifizierte Fachkräfte für Geschäftsmodell auch zukünftig zur Verfügung stehen
- bereits heute bestehen Engpässe im MINT-Bereich
- demografischer Wandel verschärft Engpässe
- alle Regionen werden von steigendem demografischen Ersatzbedarf an Akademikern betroffen sein
- Wachstumspfad wird durch Fachkräftemangel beschränkt
- Standortattraktivität sinkt

Gliederung

- Herausforderung Fachkräftemangel
- **Notwendige Maßnahmen**
- Herausforderung Föderalismus

Qualifikationspotenziale erschließen



Langfristig: Frühkindliche Förderung

- nach Heckman ist frühkindliche Phase entscheidend für Bildungssystem
 - Fähigkeiten, die in einer Periode entstehen, stehen in den Folgeperioden weiter zur Verfügung (Selbstproduktivität)
 - Fähigkeiten, die in einer Periode erworben werden, steigern den Ertrag von späteren Investitionen in die Bildung (Komplementarität)
 - frühe Kindheit ist entscheidende Phase; Problemlösungsfähigkeit, Motivation, Sprachfähigkeiten; Synapsen werden gebildet
 - entscheidend ist der kompetent Andere (Gefühlsvielfalt und Handlungsfähigkeit)
- Krippenbesuch führt gerade bei Kinder aus bildungsfernen Schichten zu signifikant besseren Ergebnissen

Langfristig: Schulstruktur und Ganztagsunterricht

■ Schulstruktur

- frühe Trennung „benachteiligt“ Schüler mit Startnachteilen
- Migranten haben Sprachnachteile und häufiger einen bildungsfernen Hintergrund
- IW-Vorschlag: zwei Jahre später trennen, weniger stark differenzieren

■ Ganztagschulen ab der Grundschule

- institutionelle Bildungszeit wirkt sich gerade bei Kindern aus bildungsfernen Schichten besonders positiv aus (Entwisle / Alexander / Olson, 1997)
- IW-Vorschlag: Ganztagsgrundschulen mit individueller Förderung

Langfristig: Bessere Förderkultur an Schulen

- **individuelle Förderung auf Basis von Bildungsstandards und Vergleichsarbeiten, Schulautonomie und leistungsabhängige Lehrerbesoldung**
 - Förderziele verankern; Schulen suchen nach besten Strategien; Weiterbildung
 - international positive Erfahrungen mit verschiedenen Zulagensystemen (Ladd, 1999; Cooper / Cohn, 1997, Economics of Education)
- **individuelle Förderung sollte Selbstwirksamkeit stärken**
 - durch „Selbstbejahung“ Erfolgserlebnisse schaffen
 - Hulleman / Harackiewicz (Science, 2009) zeigen, dass Schüler stärker motiviert werden, wenn das Unterrichtsmaterial mit ihren Lebenszielen verknüpft werden kann. Durch Interventionen, die die Relevanz des Erlernten aufzeigen, steigen in der randomisierten Feldstudie insbesondere das Interesse und der Erfolg der Teilnehmer, die die geringste Erfolgswahrscheinlichkeit hatten.

Finanzielle Anreize für eine Höherqualifizierung

- Es bestehen eine Reihe an politischen Optionen, um die privaten Bildungsrenditen zu erhöhen
 - gestufte Studiengänge → Realloptionen, zusätzlich in Bildung zu investieren
 - Meisterbafög → Erhöhung der Bildungsrendite um 4 Prozentpunkte
 - Durchlässigkeit für beruflich Qualifizierte: Erhöhung der Bildungsrendite um 2 Prozentpunkte gegenüber zusätzlichem Erwerb des Abiturs
 - Ausbau der Betreuungsinfrastruktur: Erhöhung der Bildungsrendite um etwa 1,6 Prozentpunkte
 - Studiengebühren: Effekt hängt ab, wie stark dadurch Studienbedingungen verbessert werden können
- Staat kann Bedingungen für mehr private Bildungsinvestitionen verbessern

Fazit

- Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten bieten großes Potenzial zur Stärkung der Fachkräftebasis
- Ferner können Maßnahmen die finanzielle Attraktivität von privaten Bildungsinvestitionen erhöhen.
- Viele Maßnahmen sind auch ohne zusätzliches Geld möglich.
- Zusätzliche öffentliche Mittel sind vor allem im frühkindlichen Bereich und für zusätzliche Kapazitäten an Hochschulen nötig.
- An den Hochschulen sollten Studierende (sozialverträglich) beteiligt werden.

Gliederung

- Herausforderung Fachkräftemangel
- Notwendige Maßnahmen
- Herausforderung Föderalismus

Herausforderung Föderalismus

■ Verantwortlichkeit an Schnittstellen

- mangelnde Ausbildungsreife: Schule (Land) versus Berufsvorbereitung (auch Bund)
- frühkindliche Förderung: Übergang KITA zu Grundschulen (Personal)

■ eingeschränkte Mobilität der Fachkräfte

- unterschiedliche Schulsysteme erschweren Familien den Umzug

■ Mangelnde Investitionsanreize

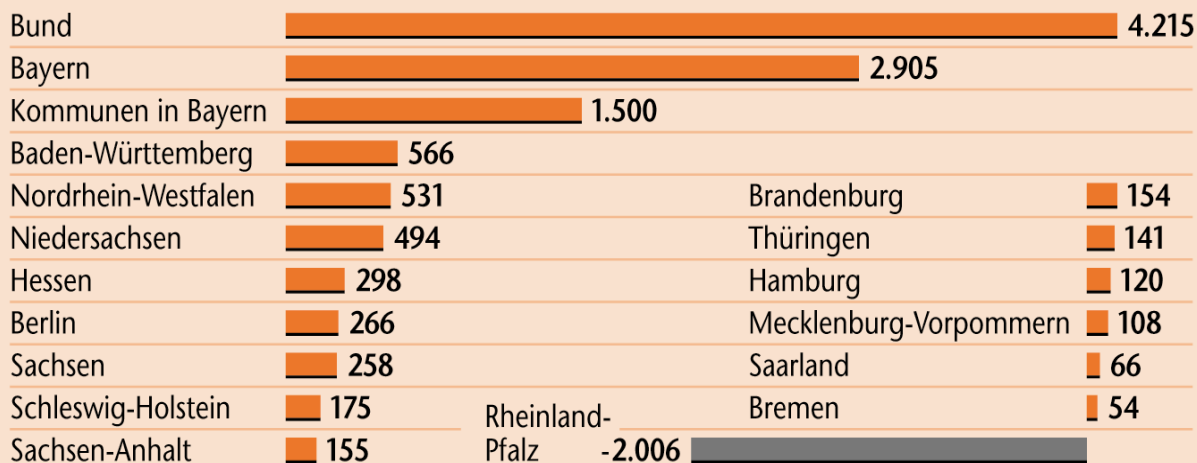
- KITA-Ausbau, Ganztagschulen, zusätzliche Kapazitäten an Hochschulen
- Investition: Kosten und Ertrag der Investitionen fallen bei unterschiedlichen staatlichen Instanzen an

Regionale Spillover und Länderfinanzausgleich am Beispiel von Rheinland-Pfalz und Bayern

Finanzausgleich: Ausbilder werden bestraft

IW-Modellrechnung: Nach der Hochschulausbildung zieht ein Akademiker von Rheinland-Pfalz nach Bayern, um dort zu arbeiten. Aus seinen Lohnsteuerzahlungen erhalten neben dem Bund, Bayern und den bayerischen Kommunen über den Länderfinanzausgleich auch die anderen Bundesländer Geld. Rheinland-Pfalz bekommt jedoch weniger aus dem Steuertopf als zuvor, weil seine Einwohnerzahl gesunken ist.

Von 10.000 Euro Lohnsteuer erhalten die Gebietskörperschaften so viel Euro mehr bzw. weniger als vor Umzug und Berufsstart des Akademikers



Stand: 2005
Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

Mögliches Modell

Basis für den demographischen Wandel

**Investitionsorientierter
länderübergreifender
Finanzausgleich**
verknüpft Aufwand und Ertrag

Studiengutscheine
bilden eine
subjektorientierte Finanzierung
und stärken Nachfrageorientierung
und Investitionsanreize

Studiengebühren
erweitern die Mittelbasis,
stärken Nachfrageorientierung
und Investitionsanreize

**Bundesweite
Stipendien und Darlehen**
sichern eine sozialverträgliche
private Beteiligung

Fazit

- **Föderalismus führt zu Schnittstellenproblemen**
 - Ordnungspolitik: Haftung für mangelnde Ausbildungsreife bei Ländern?
- **Föderalismus führt zu sinkenden Investitionsanreizen**
 - Kosten und Erträge fallen auseinander → Gefangenendilemma
 - Bund als Profiteur könnte als Co-Finanzier auftreten und Länder bei Kooperationslösung unterstützen (Ganztagsschulausbau, U3-Ausbau)
 - Hochschulfinanzierung: Gutscheinelösung, Geld folgt Studierenden
 - Land der späteren Berufstätigkeit zahlt, nicht Bundesland der Hochschulzugangsberechtigung